

Potsdam, 23.2.23

Top 2

Kitabeiträge zum 1. August 2023 komplett abschaffen!
Antrag der AfD-Fraktion

Rede der bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

für ein gleichberechtigtes Leben unserer Kinder ist Bildung eine der wichtigsten Voraussetzungen. Der Grundstein dafür wird bereits in frühen Jahren gelegt und darum ist eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung besonders wichtig. Unsere Kitas sind nicht nur Betreuungseinrichtungen, sie haben auch einen Bildungsauftrag.

Der Zugang zu guter Bildung darf weder von der Herkunft, dem Wohnort, den individuellen Voraussetzungen eines Kindes, noch vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Daher sind die Orte frühkindlicher Bildung- genauso wie Schulen- für die Kinder kostenlos zu gestalten.

Diese Position hat die Linksfraktion schon immer vertreten, darum gekämpft und in der letzten Legislatur den Grundstein dafür gelegt, während andere sich noch immer herumstritten: Man müsse sich entscheiden zwischen Beitragsfreiheit oder Verbesserung der Qualität.

Beides muss sein, wenn wir dieses Land familienfreundlich gestalten wollen.

Unverändert vertreten wir als Linksfraktion die Position, dass in Anbetracht der massiven Auswirkungen der Energiekrise und Inflation auf die Familien in Brandenburg, diese unbedingt und gerade jetzt zu entlasten sind.

Wir sind weiterhin fest davon überzeugt, dass mit der Umsetzung der kompletten Elternbeitragsfreiheit für Krippe, Kita, Hort und Kindertagespflege nicht nur alle Familien, sondern zugleich das System Kindertagesbetreuung enorm entlastet würde, wenn die konfliktbelasteten, aufwändigen, komplizierten und teuren Verfahren der Elternbeitragsbemessung und - erhebung endlich entfallen.

Logischerweise haben wir deshalb in die Haushaltsdebatten der vorangegangenen Jahre Anträge auf Umsetzung der kompletten Elternbeitragsfreiheit eingebracht und zusätzlich mit einem eigenen Gesetzentwurf für eine schlanke Umsetzung der notwendigen rechtlichen Neuregelungen im Kitagesetz untersetzt. All das fand hier im Landtag keine Mehrheit.

Die AfD versucht hier mit einem schmalen, schlecht gemachten Antrag, ohne selbst Lösungen zur Umsetzung der Beitragsfreiheit vorzuschlagen, auf Stimmenfang zu gehen, das Thema für sich zu besetzen!

Wenn es Ihnen tatsächlich um die Familien gehen würde, hätten Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen können- sie haben sich aber enthalten. Nur zur Erinnerung: Wir hatten die Umsetzung der Elternbeitragsfreiheit mittels einer einheitlichen Pauschale von 125,- Euro für alle Kinder vorgeschlagen. Eine einfache Lösung!

Und Sie haben auch nicht die erforderlichen Haushaltsmittel beantragt.

Spielen Sie sich also nicht als Retterin der Familien auf. Dazu hätten Sie fachlich besser arbeiten müssen, dafür werden Sie schließlich bezahlt.

Die Fraktion die LINKE ist seit Januar im intensiven Gespräch mit Eltern, Kommunen und freien Trägern, um in Erfahrung zu bringen, wie die Umsetzung des durch die Regierungsfraktion beschlossenen Verfahrens zur Elternbeitragsfreiheit / -begrenzung in der Praxis gelingt, und, ob die durch die Koalition in Aussicht gestellte umfangreiche soziale Entlastung von Familien tatsächlich greift.

Die Rückmeldungen von Eltern, Kommunen und Trägern scheinen unsere frühzeitige Kritik an den durch die Koalition beschlossene Änderungen des Kitagesetzes zu bestätigen.

Die Neuregelungen zur Elternbeitragsbefreiung und Beitragsbegrenzung sind unverständlich, rechtsunsicher, nicht praktikabel und mit einem enorm hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Sie erzeugen noch mehr Verwaltungskosten, Konflikte und Rechtsstreitigkeiten im Kita-System.

Tatsächlich kommen sogar Stimmen aus dem Städte- und Gemeindebund, die das bestätigen.

Herr Graf warnt die Landesregierung schon vor, dass die Kommunen für den Mehraufwand, den sie jetzt betreiben müssen, einen Ausgleich verlangen und wirbt nun für die komplette Beitragsfreiheit. Danke für diese Kehrtwende.

Wir werden wohl mit unserer frühzeitig geäußerten Kritik Recht behalten: Die Neuregelungen des Kitagesetzes werden enorm viel teurer, als gedacht. Wir bezahlen wieder ein überflüssiges - und meine Schüler würden sagen - (arsch)teures Verfahren.

Im März wird das Thema im Bildungsausschuss sein. Dann holen wir die Faktenlage nochmal in den politischen Raum, um eine funktionierende Lösung für Träger und Kommunen abzuwägen. Und die Eltern aus der Finanzierung der Kindertagesbetreuung endlich zu entlassen! Daran arbeiten wir und kündigen hiermit für die Märzsitzung einen erneuten Antrag auf Umsetzung der kompletten Elternbeitragsfreiheit an.

Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

